

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1894

14.1.1894 (No. 13)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 14. Januar.

№ 13.

Expedition: Karl-Friedrich-Str. Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Voranzahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1894.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 29. Dezember v. J. gnädigt bewogen gefunden, dem Königlich Preussischen Geheimen Oberregierungsrathe Spicola, Direktor der Charité in Berlin, das Kommandeurekreuz II. Klasse des Ordens vom Röniger Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 21. Dezember 1893 gnädigt geruht, den Privatdozenten Dr. R. Brauns in Marburg zum ordentlichen Professor der Mineralogie und Geologie an der Technischen Hochschule in Karlsruhe zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 5. Januar d. J. gnädigt geruht, den Professor Johann Jakob Richter am Gymnasium zu Vörsach an dasjenige zu Waden und den Professor Julius Guterson an der Oberrealschule zu Karlsruhe an das Gymnasium zu Vörsach, beide in gleicher Eigenschaft, zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 31. Dezember 1893 gnädigt geruht, den Bezirksarzt Dr. Wilhelm Stark in Gengenbach zum Bezirksarzt in Staufen zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 5. Januar d. J. gnädigt geruht, den Freiherrn Johann Ferdinand von Bodman auf Boretthof zum stellvertretenden Präsidenten des Landwirtschaftsraths für die Dauer der Jahre 1894—1898 zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 13. Januar.

Die Verurteilung des französischen Bombenwerfers Baillant zum Tode hat in der öffentlichen Meinung Frankreichs allgemeine Zustimmung gefunden; von sozialistischer Seite machen sich nun aber Bestrebungen geltend, um die Vollstreckung des Urtheils zu verhindern. Der „Königlichen Zeitung“ meldet man aus Paris: „Eine Anzahl sozialistischer Abgeordneter will ein Gnädengesuch zu Gunsten des Verbrechers Baillant auflegen und es allen Abgeordneten ohne Ausnahme zur Unterzeichnung vorlegen.“ Außerdem liegt uns folgende Pariser Meldung vor: „Der Deputirte Abbé Lemire, welcher zu den durch das Bombenattentat am schwersten Verletzten gehörte, beabsichtigt, eine Aktion einzuleiten, damit die Todesstrafe Baillant's in eine Freiheitsstrafe umgewandelt werde. Lemire hatte schon vorher einen Brief an den Verteidiger Baillant's gerichtet, in dem er die Milde des Urtheils anrief.“ Es ist ja unzweifelhaft edelmüthig von dem Abgeordneten Lemire, daß er als der am schwersten Verletzte sich um die Begnadigung Baillant's bemüht; aber die Volkstimme in Frankreich dürfte sich kaum dahin aussprechen, daß der Urheber des Bombenattentats vom 9. Dezember Gnade verdient. Das Verbrechen Baillant's gehört zu den abscheulichsten, die von der Strafgesetzbuchung vorgesehen sind; daß diesem Verbrecher keine Menschenleben zum Opfer gefallen und die Verletzten nicht zahlreicher, die Verwundungen nicht schrecklicher gewesen sind, ist kein Verdienst des Verurtheilten. Vielmehr hat Baillant während der Gerichtsverhandlung eingestanden, daß er die Absicht gehabt habe, mit seinem Wurfgeschloß möglichst viele Abgeordnete zu tödten und daß er den Mißerfolg seines Verbrechens bedauere. Sein ganzes Auftreten vor den Geschworenen war das eines beispiellos rohen, ganz im Banne einer verbrecherischen Idee befangenen und widerwärtig frivol-verbrecherischen. Es ist den Geschworenen nicht möglich gewesen, dem Attentäter mildernde Umstände zuzubilligen, und sie haben im Einklange mit der allgemeinen Anschauung des Falles ein unbedingtes Schuldig über den Verbrecher ausgesprochen. Aus der Erwägung, daß in dem früheren französischen Strafgesetzbuche die Todesstrafe nicht hätte über Baillant verhängt werden können, weil entgegen der Absicht des Attentäters keine Menschen ihr Leben bei der Bombenexplosion eingebüßt haben, kann ein stichhaltiger Grund für die Begnadigung des Verurtheilten nicht abgeleitet werden. Heute existirt eben in Frankreich ein Gesetz, nach welchem die Zerstörung unbeweglichen Eigenthums durch Explosivstoffe mit dem Tode bestraft werden kann, und unter dieses Gesetz ist die That Baillant's mit vollem Rechte gestellt worden.

Deutscher Reichstag.

Ueber den Verlauf der gestrigen Reichstagsitzung, in welcher die erste Lesung des Tabaksteuergesetzes weitergeführt wurde, ist auf telegraphischem Wege bereits berichtet worden. Hinzuzufügen ist diesem telegraphischen

Berichte nur noch, daß nach der Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Meister der preussische Finanzminister Dr. Miquel erklärte, er wolle bei der vorgeordneten Stunde seine Erwiderung auf morgen verschieben, und daß darnach ein Vertagungsantrag angenommen wurde. Persönlich bemerkte am Schlusse der Sitzung Abgeordneter v. Bennigsen, Herr Meister habe sich fälschlich auf sein Zeugniß dafür berufen, daß der Tabak nicht mehr belastet werden dürfe. Er habe sich im Gegentheil dafür ausgesprochen, daß der Tabak im Verhältnis zu anderen Objekten mehr herangezogen werden müsse, und habe sich nur gegen das Monopol gewendet.

Aus der Verhandlung haben wir nachstehend nur die Rede des badiischen Bundesbevollmächtigten, Dr. v. Jagemann, nach den vorliegenden Zeitungsberichten hervor. Der Gedankengang des Redners war etwa folgender:

Die Stellung der badiischen Regierung ist Ihnen bereits bekannt geworden. Sie hat dem Entwurf zugestimmt. Obgleich ich kaum noch dem hier bereits Vorgebrachten Neues hinzufügen kann, möchte es mir doch gestattet sein, im Sinne der Grundsätze des Entwurfs und derjenigen Auffassungen, welche die badiische Regierung geleitet haben, in eine Würdigung der geschilderten Gesichtspunkte einzutreten, insbesondere mit Bezug auf die Verhältnisse der badien Fröhen und Badermann.

Der Scharfsinn der Interessenten hat, glaube ich, alle Einwendungen, die überhaupt gegen den Entwurf möglich sind, zur Tage gefördert. Es ist richtig, daß eine ziemlich weitgehende Erregung in manchen Landestheilen eingetreten ist. Um so mehr ist es erfreulich, daß die Redner hier sämmtlich nicht den Standpunkt der bloßen Negation vertreten, sondern anerkannt haben, daß die Einnahmen des Reiches aus dem Tabak vermehrt werden müßten. Nun ist es bis zu einem gewissen Grade begreiflich, wenn die betheiligte Industrie gegen den Entwurf Bedenken erhebt. Aber es ist nicht möglich, den Weg zu wachen, ohne ihn noch zu machen. Das Zeugniß werden Sie den verbündeten Regierungen, wie den Behörden der Einzelstaaten nicht versagen, daß sie bestrebt waren, die mit der Erhöhung des Tabaks verbundenen Veränderungen so wenig wie möglich merklich zu machen, namentlich auch in Betreff der Kleinindustrie und der Hausindustrie.

Der Redner fuhr fort, der Uebergang von der Gewichtsteuer zur Vertheuerung werde jedenfalls von allen Seiten als ein Fortschritt im Sinne der Gerechtigkeit betrachtet werden, denn während bisher die billigen Cigaretten eben so hoch besteuert sind wie die theuren, ja, vielleicht noch höher, da sie meist schwerer sind, so trifft die Vertheuerung vorwiegend die theuren Cigaretten. Daß die Relation der Steuerhöhe für die verschiedenen Tabate in der Kommissionsberatung näher geprüft wird, dem fache nicht entgegen; die jetzige Relation sei gewiß, um jede Schädigung der Arbeiterbevölkerung thunlichst zu vermeiden. Er sage auch nicht zu viel, wenn er behauptet, daß überhaupt alle Vorschläge in der Kommissionsberatung oder im Hause, die sich betreffen, der mittleren und kleinen Industrie Bergnügigungen zu gewähren, auf volle Würdigung der verbündeten Regierungen rechnen dürfen.

In Bezug auf die Reichsfinanzreform könne er sich den Anschauungen des Freiherrn v. Stumm anschließen. Die Deckung der Militärlasten müßte von allen Deutschen getragen werden und es sei ein Recht, ja ein Ehrenrecht eines jeden Deutschen, dazu beizutragen. Direkte Steuern könne das Reich kaum einführen, da dieselben bereits von den einzelnen Staaten in Beschlag genommen seien. Die Tabaksteuer werde allerdings der Industrie zuerst manche Unbequemlichkeiten bereiten, aber wenn das Uebergangsstadium überwunden sein wird, ist kein Grund vorhanden, weshalb die Industrie nicht weiter wie bisher mit Vortheil arbeiten könne. Ein Rückgang des Konsums ist leicht zu behaupten, aber schwer zu beweisen. Wenn wirklich Arbeiter entlassen werden sollten, so wird es sich dabei vielfach um jugendliche Arbeiter handeln, die in dem elterlichen Hause ein Unterkommen finden, die eine anderweitige Arbeit finden können. Für die Industrie ist es jedenfalls von großem Werthe, daß diese Vorlage zum Abschluß kommt, damit sie Ruhe hat; es liegt doch auf der Hand, daß bei den großen Bedürfnissen des Reichs man schließlich doch dazu kommen wird, den Tabak mehr zu belasten, der zwar ein allgemein geordnetes, aber immerhin nicht unentbehrliches Bedürfnis ist.

Für die Landwirtschaft, für den Tabakbau bringe der Entwurf jedenfalls den Wegfall sehr unangenehmer Schereceizen, namentlich auch der sehr drückenden Gewichtsteuer, die der Pflanze veranlagte müßte, wenn er nicht seinen Tabak zu jedem Preise vorzätig an die Händler verkaufen wollte. Die Vorlage werde bei ihrer Annahme auch der nationalen Arbeit Vortheil bringen, weil die Fabrication, um die Preise und die Qualität aufrecht zu erhalten, die Herstellung dadurch verbilligen wird, daß sie den zurückgedrängten inländischen Tabak mehr als jetzt verwendet. Es wird dadurch möglich sein, daß die Zahl der Tabakpflanzler, die sich erheblich vermindert hat, sich wieder vermehrt. Die Verwendung des inländischen Tabaks ist immer mehr gegenüber der des ausländischen zurückgedrängt worden, und mit Recht haben die Redner gestern sämmtlich darauf hingewiesen, daß man vielleicht den Tabakzoll erheblich erhöhen könnte zum Schutz des einheimischen Tabaks. Zweck waren allerdings auch die Tabakpflanzler gegen das Gesetz; bald aber hat sich ein Umstand bemerkbar gemacht, zu dem die Pflanzler Pflanzler den Ton angaben. Sie stimmten der Vorlage zu unter der Bedingung, daß der Zollfuß erhöht werde. Der Redner beruft sich auf verschiedene Kundgebungen von badiischen Tabakpflanzern, aus denen hervorgeht, daß es dringend notwendig sei, von dem der In-

dustrie nichts nützens, der Landwirtschaft aber schädlichen Gewichtsteuer zu dem Vertheuerungssystem überzugehen.

Wenn die Tabaksteuer nicht angenommen wird, so werde die Folge sein, daß die Einzelstaaten zur Deckung der Patrimonialbeiträge bei sich besondere Steuern einführen müßten. Wäre das ein Vortheil, daß wir einige zwanzig verschiedene Steuern in den Einzelstaaten einführen statt einer einheitlichen Reichsteuer? Deshalb empfehle er den Entwurf der verbündeten Regierungen.

Deutschland.

Berlin, 12. Jan. Heute Früh, kurz nach 7 Uhr, empfingen Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin am Anhalter Bahnhofe Ihre Majestät die Kaiserin Friedrich bei Allerhöchster Ankunft aus Frankfurt am Main und geleiteten sie nach ihrem Palais. Um 10 Uhr fuhr der Kaiser zur Jagd nach dem Grunewald, wo ein eingestelltes Jagen auf Damwild stattfand.

Au den Magistrat von Berlin ist folgendes Schreiben seiner Majestät des Kaisers gelangt: „Es ist mir eine besondere Freude gewesen, beim Eintritt in das neue Jahr wiederum herzliche Glück- und Segenswünsche von dem Magistrat meiner Haupt- und Residenzstadt zu erhalten. Beim Rückblick auf die Ereignisse des hinter uns liegenden Jahres hat der Magistrat in seiner Glückwunschsadresse auch des glücklich vereitelten Anschlages auf mein Leben mit Dank gegen Gott Erwähnung gethan. Die herzliche Theilnahme, die aus diesem Anlaß in allen Schichten meines Volkes mir entgegengebracht worden ist, hat meinem Herzen sehr wohl gethan. Unter dem Schutze des Allmächtigen mich wissend, werde ich nicht aufhören, unentwegt in der Erfüllung meines fürstlichen Berufes die Wohlfahrt meines Landes nach Kräften zu fördern und vor allem die Erhaltung des äußeren und inneren Friedens mir eifrigst angelegen sein zu lassen. Zudem ich dem Magistrat für die erneute Rundgebung unverbrüchlicher Treue auf's wärmste danke, verifiziere ich denselben gern meines landesväterlichen Wohlwollens.“ (gez.) Wilhelm I. R.“

Den Stadtverordneten von Berlin ist folgendes Dankschreiben seiner Majestät des Kaisers zugegangen: „Den Stadtverordneten spreche ich für die treuen Segenswünsche, welche mir dieselben als Vertreter der Berliner Bürgerchaft beim Jahreswechsel gewidmet haben, meinen herzlichsten Dank aus. Gern werde ich auch im neuen Jahre die fortschreitende Entwicklung meiner Haupt- und Residenzstadt mit meinem lebhaftesten Interesse begleiten und mich freuen, wenn ich sehe, wie die städtischen Behörden in aufopferungsvoller Arbeit bemüht sind, den stetig wachsenden Anforderungen der Neuzeit, insbesondere auf dem Gebiete des Verkehrs, der Schule und der Gesundheitspflege, sowie in der Fürsorge für den kranken und nothleidenden Theil der Einwohnerschaft nach Möglichkeit gerecht zu werden.“

Der „Reichs- und Staatsanzeiger“ meldet amtlich, daß seiner Durchlaucht dem Fürsten von Schaumburg-Lippe der Orden vom Schwarzen Adler verliehen worden ist.

Der bisherige deutsche Botschafter am italienischen Hofe, Graf Solms-Sonnenwalde, hat nach der von ihm nachgesuchten und von seiner Majestät dem Kaiser gewährten Zurlauben gestern Rom verlassen. Es wird aus Rom berichtet: Graf Solms ist gestern Abend um 5 Uhr von hier abgereist. Das diplomatische Corps, der Oberzeremonienmeister und Graf Gianotti (letzterer als persönlicher Vertreter des Königs) gaben dem Scheidenden das Geleit bis zum Bahnhofe.

Auf Grund des Artikels 6 der Verfassung ist von seiner Majestät dem König von Württemberg der Präsident Dr. v. Stieglitz zum Bevollmächtigten beim Bundesrath ernannt worden.

Das Reichsversicherungsamt ist gegenwärtig damit beschäftigt, seinen dem Reichskanzler zu erstattenden Geschäftsbericht für das Jahr 1893 zusammenzustellen. Der Bericht wird sich auf die Unfall-, sowie Invaliditäts- und Altersversicherung erstrecken. Er dürfte auch dem Reichstage vorgelegt werden.

Vielleicht der stärkste Beweis für die Wohlthätigkeit der Arbeiterversicherungsgesetzgebung ist die immer wieder hervortretende Zustimmung der Sozialdemokratie. Die letztere hat gegen diese ganze Gesetzgebung bei ihrem Entstehen gestimmt. Und nun verwahrt sie sich fast noch entschiedener als andere Parteien gegen jedes Mitteln an den Grundlagen eben dieser Gesetzgebung. In dieser fast widerwilligen und widerstrebenden Zustimmung liegt eine bedeutsame Anerkennung, daß hier etwas von hoher Bedeutung für das Wohl der Arbeiterklassen geschehen ist. Im Zusammenhang damit weist die „Nat.-lib. Corr.“ auf die merkwürdige Thatsache hin, daß in der vorgestrichenen Sitzung der Budgetkommission die neugeforderte Stelle eines Direktors im Reichsamt des Zauern, die schließlich durch Konervative und Centrum abgelehnt

wurde, u. a. von den sozialdemokratischen Vertretern befürwortet ward, weil sie mit den vermehrten Arbeiten auf sozialpolitischem Gebiet begründet war. Die nur mit einer Stimme Mehrheit abgelehnte Direktorstelle wird vom Plenum noch bewilligt werden.

Wie die „Bresl. Ztg.“ über die Reichstags-ersatzwahl im Wahlkreis Neustadt (Oberschlesien) berichtet, gilt eine Stichwahl zwischen dem Rittergutsbesitzer Deloch (deutsch-ultramontan) und dem Bauerngutsbesitzer Strzoda (polnisch-ultramontan) für wahrscheinlich. (Die Ersatzwahl fand für das Centrumsmitglied Cytronowski statt, der sein Mandat niedergelegt hat.)

Heute Vormittag um 10 Uhr wurde im Generalversammlungssaale des hiesigen Börsegebäudes der Deutsche Handelstag eröffnet. Den Vorsitz führte Geh. Kommerzienrath Frenkel, der die Erschienenen herzlich begrüßte und zu einem Hoch auf Seine Majestät aufforderte, in das die Versammlung dreimal begeistert einstimmte. Im Namen der Staatsregierung begrüßte sodann Staatssekretär v. Voelticher die Versammlung. Der Staatssekretär sprach seine Freude darüber aus, daß die Ostseefährten, welche sich vom Handelstage fern hielten, demselben beigetreten sind. Dank der Weisheit Seiner Majestät des Kaisers sei der Friede erhalten geblieben und Gott sei Dank sei auch kein noch so kleiner Anlaß vorhanden, der darauf deutete, daß der Friede in absehbarer Zeit gestört werden dürfte. (Beifall.) Staatssekretär Voelticher fuhr fort: „Wir haben Verträge abgeschlossen und wollen noch andere abschließen, welche die verschiedenen Schäden, die sich bemerkbar gemacht haben, beseitigen sollen und hoffen, daß uns dabei die Mitwirkung des Handels und der Industrie auch ferner nicht fehlt.“ Er erinnerte sodann an den Erfolg der deutschen Arbeit, den diese im fernsten Westen, auf der Ausstellung in Chicago, errungen hat. Heute könne kein Zweifel darüber sein, daß unter allen Industriestaaten Deutschland den ersten Rang einnimmt. Fahren wir ferner so fort, Jeder an seinem Theil, mitwirken an der vaterländischen Arbeit zur Hebung derselben und zum Wohle des Vaterlandes. Mögen die Elemente im Inneren des Landes, die diesen Erfolg stark erschweren, sich überzeugen, daß wir doch auf dem richtigen Wege zum Ziele sind. Der Regierungsvertreter schloß unter lebhaftem Beifall mit einer Aufforderung zum Vertrauen auf die Regierung, die allezeit den Rath der Industrie und des Handels gern annehmen werde. Im Namen der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin begrüßte Stadtrath Kempf Berlin den Deutschen Handelstag. Zum Vorsitzenden wurde darauf Geheimrath Frenkel-Berlin, zu seinen Stellvertretern wurden Boermann-Hamburg und Geheimrath Michel-Mainz gewählt. Nachdem darauf Dr. Gensel-Leipzig, Dr. Giltchow-Hamburg und Generalsekretär Dr. Beumer-Düsseldorf in das Bureau berufen worden waren, erstatteten die Herren Generalsekretär Bueck und Sigmund Hinrichsen Berichte zu der Frage der grundsätzlichen Stellung des Handelstages zu den Steuerfragen und schlossen mit einem Antrage, welcher besagt: der Handelstag erkläre, daß er in den vorgelegten Steuerentwürfen eine Benachtheiligung der wirtschaftlichen Thätigkeit und eine Minderung der Leistungsfähigkeit der Nation befürchten müsse. Dieser Antrag gelangte mit Stimmenmehrheit zur Annahme. Bei Beginn der Verhandlungen hatte der Vorsitzende erklärt, daß er beabsichtigen werde, zur Erweiterung des russischen Handelsvertrags eine zweite Plenarversammlung des Handelstages einzuberufen.

Strasburg, 12. Jan. Am Mittwoch Abend fand in den gastlichen Räumen des Statthalterpalais das erste diesjährige Ballfest statt, zu welchem der Statthalter Fürst Hohenlohe wie alljährlich eine große Anzahl von Einladungen in die weitesten Kreise der Bevölkerung hatte ergehen lassen. Gegen 600 Gäste mochten erschienen sein, von denen wir besonders nennen: den Fürsten von Hohenlohe-Waldenburg nebst Gemahlin, die gegenwärtig zum Besuch in Strasburg weilen, und die zweite Schwiegertochter unseres Statthalters, die Gemahlin des Prinzen Moritz zu Hohenlohe-Schillingsfürst, geborene Prinzessin Salm-Dyck, die zum erstenmale hier in der Gesellschaft erschien. Auch von anderen Städten des Reichslandes waren hervorragende Persönlichkeiten, höhere Beamte und Militärs zahlreich erschienen. Die alleinheimische Bevölkerung war, wie immer bei den so außerordentlich beliebten anziehenden Festen im Statthalterpalais, auch gestern stark vertreten. Diesen Festen kommt insofern eine besondere Bedeutung zu, als sie den gesellschaftlichen Verkehr und Gedankenaustausch zwischen Alteinheimischen und Eingewanderten in ebenso angenehmer wie wirkungsvoller Weise vermitteln und erleichtern.

Italien.

Rom, 12. Jan. Die Verstärkung der Garnisonen auf der Insel Sicilien dauert fort. Heute trafen in Palermo 130 Offiziere mit 7000 Soldaten ein. Auch diese Truppen wurden von der Bevölkerung sympathisch empfangen; allgemein empfindet man ein Gefühl der Erleichterung darüber, daß die öffentliche Sicherheit auf Sicilien durch eine starke Militärmacht gewährleistet ist. Die Ruhe ist denn auch überall wieder hergestellt und es verlautet nichts von neuen Ausschreitungen. Den Abgeordneten von der Parteilinie Imbriani's gefällt das energische Einschreiten der Regierung freilich nicht. Die Abgeordneten Sobio, Imbriani und Panfani haben eine Depesche an den Ministerpräsidenten Crispi geschickt, in der sie betonen, daß sie sich bemühen, Beruhigung auf Sicilien herbeizuführen, aber die Heilung der vorhandenen Schäden sei nicht mit Blei und Pulver zu erzielen. Crispi denkt auch nicht daran, daß Pulver und Blei genüge, um die sozialen Schäden auf seiner Heimathinsel

zu heilen; er hat ein umfassendes Reformprogramm entworfen, nach dem die Verhältnisse auf Sicilien gebessert werden sollen, aber dieser Reformarbeit muß notwendig die Wiederherstellung der Ordnung vorangehen, und hierfür waren energische Maßregeln sehr notwendig geworden.

Frankreich.

Paris, 12. Jan. Wie gestern in der Deputirtenkammer, so ist heute auch im Senat die Präsidentenwahl vorgenommen worden. Auch der Senat wählte seinen früheren Präsidenten, Herrn v. Challemel-Lacour, mit 132 von 162 abgegebenen Stimmen wieder. Vicepräsidenten sind Demole, Maguin, Combes und Berenger. Nachdem nun beide parlamentarische Körperschaften konstituiert haben, werden sie in der nächsten Woche an die eigentliche Arbeit gehen.

Großbritannien.

London, 12. Jan. Das Unterhaus nahm Gladstone's Antrag, sich nach dritter Lesung der Kirchspielratsbill bis zum 12. Februar zu vertagen, an. Der Schluß der Parlamentarischen Verhandlungen steht somit unmittelbar bevor. — Wie die „Daily News“ mittheilen, wird Gladstone bereits heute, begleitet von seiner Gemahlin, nach Biarritz reisen. Der Premierminister wird daselbst der Gast seines Freundes Armitage sein. — Der Staatssekretär für Indien, Carl Kimberley, ist an Bronchitis schwer erkrankt.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 13. Jan. 4. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer unter dem Vorsitz des Durchlauchtigsten Präsidenten, Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Wilhelm von Baden.

Am Regierungstisch Ministerialpräsident Geh. Rath Eisenlohr, die Ministerialräthe Feil, Febr. v. Bodman, Dr. Reinhard und Oberregierungsrat Dr. Lydtin.

Der Durchlauchtigste Präsident widmet dem Andenken des dahingeschiedenen Grafen v. Helmstatt, früheren Mitgliedes des Höhen Hauses ehrende Worte; die Mitglieder erheben sich von ihren Sitzen.

Nachdem die neuen Eingänge bekannt gegeben sind, erstattet Oberlandesgerichtspräsident Geh. Rath Schneider namens der Kommission für Justiz und Verwaltung Bericht über einen Antrag des Groß. Oberstaatsanwalts. Die darin beantragte Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung einer Verleumdung der Ersten Kammer durch die Presse wird dem Kommissionsantrag entsprechend verlag.

Es erfolgt hierauf die Berathung des Berichts der Justizkommission über den Gesetzentwurf, die Gewährung von Entschädigungen bei Seuchenverlusten betr., an welcher sich außer dem Berichterstatter Präsident Dr. Wieland, die Herren Febr. Ferdinand v. Bodman, Geh. Rath Eisenlohr und Geh. Hofrath Dr. Meyer betheiligen. Das Gesetz wird hierauf in namentlicher Abstimmung in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung einstimmig genehmigt.

Nachdem namens der Justizkommission Landgerichtspräsident Kamm über den Entwurf eines Gesetzes betr. die Abänderung und Ergänzung des Polizeistrafgesetzbuchs vom 31. Oktober 1863, und zwar zunächst über die §§ 144 und 144 a. Bericht erstattet hat, wird nach Diskussion, an welcher sich Febr. Ferd. v. Bodman, Geh. Rath Eisenlohr und Febr. v. Göler betheiligen, dem Antrag des Geh. Hofrath Dr. Meyer entsprechend die Berathung dieser Paragraphen an die um zwei Mitglieder zu verstärkende Kommission zurückverwiesen. Mit den übrigen Paragraphen dieses Gesetzes erklärt sich das Hohe Haus den Anträgen der Kommission entsprechend einverstanden, vorbehaltlich der namentlichen Abstimmung über das ganze Gesetz.

Es wird sodann die Wahl der Kommission für den Nachtrag der Gehaltsordnung, sowie die Verstärkung der Kommission für Berathung der Denkschrift über den durch Futtermangel eingetretenen Nothstand, sowie derjenigen für Justiz und Verwaltung angenommen.

Nach einigen Bemerkungen über die Tagesordnung der nächsten Sitzung, welche am 20. d. M. stattfinden soll, wird die Sitzung geschlossen.

* Karlsruhe, 13. Jan. 16. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitz des Präsidenten Günner.

Am Ministertisch: Ministerialdirektor Seubert und die Ministerialräthe Becker und Becherer, später Geh. Legationsrath Zittel, Ministerialdirektor Dr. Schenkel und Geh. Rath Joos.

Präsident Günner theilt vor Eintritt in die Tagesordnung ein Schreiben des Staatsministeriums mit, nach welchem den Abgeordneten Freifahrten während der Tagung der Kammer von dem Heimathort derselben nach Karlsruhe gewährt werden. Weiterhin sollen unter Vermittelung des Präsidenten auch denjenigen Abgeordneten Freifahrten ermöglicht werden, die nach irgend einem Ort behufs Besichtigung einer Anlage eine Reise für notwendig erachten. Die Gewährung von Freifahrten ist auf einen Antrag des Präsidiums der Zweiten Kammer erfolgt, dem sich die Erste Kammer angeschlossen hat mit der weiteren Erklärung, daß die Mitglieder derselben im Falle der Gewährung dieser Freifahrten die Kosten der Tagesgehälter nur bei Ortsanwesenheit oder bei Abwesenheit in Geschäft der Kammer erheben würden. Seitens des Sekretariats werden hierauf folgende Eingaben bekannt gegeben:

Bitte der nicht akademisch gebildeten Steuerkommissäre, deren Stellung in der Gehaltsordnung betr.

Bitte sämtlicher Dienstmänner Karlsruhes, die Ab-

änderung der bestehenden Gepäcksförderung im hiesigen Bahnhof betr.

Bitte der Stenographenvereine Mannheim und Mosbach, Einführung der Stenographie in den Schulen betr. Bitte des Verwaltungsrathes des sogenannten Kirchspielwaldes um Verhinderung des Ankaufs des genannten Waldes durch das Domänenrath, überreicht durch den Abg. Schüler.

Bitte der badischen Gewerbelehrer, die Abänderung einiger Bestimmungen der Gehaltsordnung betr.

Bitte der Eisenbahnpraktikanten und der aus ihrer Mitte hervorgegangenen Beamten um Anerkennung als „wissenschaftlich gebildete“ Beamte und um dementsprechende Stellung in der Gehaltsordnung.

Bitte sämtlicher Lehrerinnen der badischen Mittelschulen für die weibliche Jugend, die Gehaltsregulirung derselben betr.

Bitte der Gemeinden Hilzingen, Weiterdingen und Duchtlingen um Aufnahme der Straßentorrektion Weiterdingen-Hilzingen in das Nachtragsbudget 1894/95.

Bitte der Gemeinde Schönberg, Amt Lahr, um Ermäßigung ihres Beitrags zur Unterhaltung der Ludwigsstraße.

Bitte des Steuererhebers a. D. Schmieder in Biberach, die Pensionserhöhung betr.

Bitte verschiedener Beamtenwitwen, die Erhöhung ihrer Pension betr., übergeben vom Abg. Heimburger.

Bitte des Gensdarmeries a. D. Poloch in Bruchsal, Abänderung des § 51 des Beamtengesetzes betr., übergeben vom Abg. Keller.

Es wird hierauf in die Tagesordnung eingetreten und erstattet Abg. v. Bodman Bericht über die Bitte des Gemeinderaths Böggenschwilt, Gewährung eines Staatszuschusses zur Ablösung des Wiesenzehntes betr. Die Petition wird nach längerer Debatte, an der sich die Abgg. Schüler, Birkenmeyer und Ministerialrath Becker betheiligen, der Kommission empfehlend überwiesen.

Abg. Dreher berichtet sodann über die Bitte der Amtsgerichtsregistratorin Philipp Kieckler Witwe in Mosbach, Gewährung einer Witwenpension betr. Die Kommission verkennt nicht die bedrängte Lage der Witwe und glaubt, der Regierung zur Erwägung anheim geben zu sollen, ob durch eine angemessene Erhöhung der gewährten Gnadengabe die Lage der Witwe nicht zu verbessern sei. In diesem Sinne stellt die Kommission den Antrag, die Petition der Regierung zur Kenntniznahme zu überweisen.

Abg. Schumann ergänzt den Kommissionsbericht durch weitere Details der Verhältnisse der Witwe, die lange Zeit ihren schwer kranken Mann gepflegt und die jetzt noch für eine Tochter zu sorgen habe, um später eine Stütze an derselben finden zu können.

Ministerialrath Becherer erklärt namens der Regierung, daß das Justizministerium nach Ueberweisung der Petition erwägen werde, inwieweit der Unterzühungsbeitrag, den die Witwe aus dem Gnadengabensfond erhalte, zu erhöhen sei. Die Gewährung eines Witwengehaltes sei, wie auch im Kommissionsbericht ausgeführt, aus gesetzlichen Gründen nicht zulässig. Die Petition wird hierauf der Regierung zur Kenntniznahme überwiesen.

Abg. Strübe berichtet endlich namens der Petitionskommission über die Nachweisung der der Groß. Staatsregierung während des Landtags 1891/92 von der Zweiten Kammer der Ständeversammlung überwiesenen Petitionen und deren Erledigung.

An der Debatte betheiligen sich die Abgg. Rädt, Pfeifferle, Schüler, Heimburger, Weber und Geh. Ministerialdirektor Dr. Schenkel. Am Schluß der Sitzung überreicht Ministerialdirektor Dr. Schenkel im Auftrag des Präsidenten des Ministeriums des Innern, Geh. Rath A. Eisenlohr, den Entwurf eines Gesetzes über die Abänderung des Gesetzes vom 4. Juni 1888, die Gebühren in Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtlichen Sachen betr. (Ausführlicher Bericht folgt. Schluß der Sitzung nach 1/2 12 Uhr.)

* Karlsruhe, 13. Jan. 17. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 15. Januar, Vormittags 1/2 12 Uhr. 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Berathung über die geschäftliche Behandlung: a. des Antrags der Abgg. Benedey und Gen., betr. die Tabakfabrikat-, Quittungs- und Frachtbriefsteuer; b. des Antrags der Abgg. Schumann und Gen., die Wahl der Kreisabgeordneten und Bezirksräthe betr. 3. Berathung der Berichte der Petitionskommission: a. über die Bitte des Lehrers a. D. Otto Daniel Lehmann in Oberachern um Wiederanstellung (Berichterstatter: Abg. Engelberth); b. über die Bitte des früheren Bahnwarts Carl Gaa in Plankstadt, ständige Erhöhung seiner Subsistenz betr. (Berichterstatter: Abg. Klein-Weinheim); c. über die Bitte des Gabelberger Stenographenvereins Karlsruhe u. A., Einführung der Stenographie in die Schulen betr. (Berichterstatter: Abg. Weggoldt).

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 13. Januar.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm heute Vormittag verschiedene Vorträge, sowie die Meldung der nachbenannten Offiziere entgegen: des Lieutenants zur See Fuchs, des Premierlieutenants von Hugo im 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109, bisher im Infanterie-Regiment von Voigts-Rheß (3. Hannover'schen) Nr. 79 und des Secondelieutenants Grafen von Badingen im 1. Großherzoglich Hessischen Infanterie-Regiment (Leibgarde-) Regiment Nr. 115. Darnach empfing Hochhersele den

